

Zypern: Rettung mit Haircut

Wer hätte gedacht, dass die sogenannte „Zypern-Rettung“ so spannend wird?

Das Euroschuldenthema lockte in den letzten Monaten niemanden mehr hinter dem Ofen hervor, Edelmetallhändler berichteten über eine echte Nachfrageflaute. Die gefühlte Lage war eindeutig: Die Eurokrise ist beendet. Dass die Ursachen der Krise nicht beseitigt sind – so etwas kümmerte nur Kleingeister. Wer sich traute, die [Eurokrise](#) am Stammtisch anzusprechen, erntete statt Widerspruch nur noch Mitleid.

[Zypern](#)? Ist das überhaupt ein Euroland? Vor einem halben Jahr erlebte ich, dass ein Mann am Schalter der Reisebank „[zyprische Pfund](#)“ kaufen wollte. Es dauerte eine Weile, bis der Kunde begriff, dass diese Insel fern hinter der Türkei längst Mitglied der [Eurozone](#) ist. Seit 2008 ist der Euro in Zypern Zahlungsmittel.



Letzte Version des zyprischen Pfund, wie es bis 2007 im Umlauf war. Eine Bankenkrise hätte die Notenbank damals mit der Druckerpresse regeln können.

Der südliche Teil der Insel ist die „Republik Zypern“, dort wird vor allem griechisch gesprochen. Der türkische Teil der Insel wird international nicht als Staat anerkannt.

Zur Eurozone gehört nur der griechische Teil der Insel. Das BIP beträgt weniger als 0,5 Prozent der EU, in anderen Quellen las ich von 0,2 Prozent.

Die Republik Zypern stand im letzten Dezember kurz vor der Zahlungsunfähigkeit und bat in Brüssel um Unterstützung aus den Hilfstöpfen der Euro-Retter.

Das Brisante daran ist: 2008 reichten die Kennziffern Zyperns, um den Euro als Zahlungsmittel einzuführen. Im Herbst 2011 geriet Zypern wegen der Gefahr einer Staatspleite erstmals in die Schlagzeilen. Der [IWF](#) sprach in einem

Papier von einem „Untergangsszenario“, das nur durch ein radikales Sparprogramm aufgehalten werden könne. Das ging ziemlich zackig: Zwischen dem erfolgreichen Eintritt in den Euro-Club und dem Staatspleite-Testat des IWF lagen nur dreieinhalb Jahre.

Wer sich mit Volkswirtschaften auskennt, ahnt die Konsequenz dieser Fakten:

Keine Volkswirtschaft der Welt kann sich in ein dreieinhalb Jahren derartig ändern. Der Staat, der am 1.1.2008 den Euro einführte, war strukturell schon ein Pleitekandidat. Und niemand hat es gemerkt.

Im Juni 2012 stellte der Mittelmeerstaat einen Antrag auf Hilfen aus dem Euro-Rettungspaket. Die Verhandlungen mit der [Troika](#) kamen jedoch nur schleppend voran. Aus Russland bekamen die Zyprioten eine Zwischenfinanzierung zu deutlich weichen Bedingungen als von den Europäern. Im Dezember 2012 erhöhten die Zyprioten den Druck und ließen verlautbaren, dass in den nächsten Wochen das Geld ausgehen könne. Hinter den Kulissen wurde weiterverhandelt.

Deutschland sträubte sich einige Monate lang artig **gegen die Rettung des Schwarzgeldparadieses**, am Ende wollte dann aber doch niemand einen Eurostaat Pleite gehen lassen, egal wie klein dieser auch sei. Die seufzenden Sonntagsreden über die Rettung zyprischer Schwarzgeldmilliarden mit Steuermitteln waren vermutlich schon geschrieben – doch dann kam es plötzlich doch alles ganz anders:

Am Sonnabendmorgen, dem 16. März 2013, bildeten sich lange Schlangen an den Schaltern der zyprischen Banken. Hunderte Bankkunden versuchten Geld von ihren Konten abzuheben und in Sicherheit zu bringen – doch es war schon zu spät. 6,75 Prozent bzw. 10 Prozent der Spareinlagen waren bereits eingefroren, das Online-Banking war landesweit abgeschaltet.

Was war geschehen? In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend hatten EU, [EZB](#) und zyprische Regierung in Brüssel um die Konditionen für ein Hilfspaket gerungen.

Zyprische Sparer rechneten vermutlich mit einem Einzug der „Troika“ in Nikosia, **sie rechneten mit** den üblichen Sparmaßnahmen **und irgendwelchen** harten Einschnitten, die hoffentlich die anderen betreffen und nicht die eigene Person.

Und dann kam eine ganz andere Lösung ins Spiel: Rund ein Drittel des Rettungspakets für Zypern wird von den zyprischen Sparern getragen. 6,75 Prozent der Sparguthaben bis 100.000 Euro und 9,9 Prozent der Sparguthaben über 100.000 Euro werden zur Finanzierung des Rettungspakets herangezogen.

Welche Krämerseele hat denn diese Preisschwellen festgelegt? Wir sind doch nicht bei Rewe und Penny! Meinte da irgendjemand, dass die Sparer weniger ärgerlich sind, wenn sie 9,9 Prozent ihres Geldes verlieren statt 10 Prozent?

Als die Nachrichten aus dem fernen Brüssel in Zypern eintrafen, setzte ein Bank Run ein. Sparer versuchten Geld abzuheben und ihre Kontostände zu reduzieren – doch es war schon zu spät.

Die deutsche [FAZ](#) berichtete am Sonnabendmorgen zeitnah und sehr trocken, dass zur Finanzierung des Rettungspakets diesmal auch **die „Anleger“** herangezogen werden. Das war nun wirklich etwas sehr spröde formuliert.

„Anleger“? Was denn für „Anleger“? Der Begriff ist völlig falsch. FAZ-Leser dachten beim Begriff „Anleger“ im ersten Moment vielleicht an den griechischen Schuldenschnitt des Jahres 2012: Damals mussten tatsächlich „Anleger“ bluten. 2012 verloren „Anleger“, die griechische Staatsanleihen besaßen, viel Geld.

Nein, bei der Zypern-Rettung waren es nicht risikobewusste „Anleger“, die Geld verloren. **Nein, diesmal wurden Inhaber von Giro-Konten enteignet. Ein Tabubruch! Ein Novum!**

Wie waren die ersten Pressereaktionen in Deutschland? Hierzulande scheint es nach drei Jahren permanenter Euro-Rettungen echte „Rettungsversteher“ zu geben.

Christian Rickens schrieb auf Spiegel-Online: „Es geht um Gerechtigkeit, aber auch um Pragmatismus: Zypern muss die Bankkunden des Landes teilentzogen, um die Schulden des Landes zu lindern. Ein richtiger Schritt. Jetzt beginnt Phase vier der Euro-Krise.“

Ein Spiegel-Leser ätzte per Kommentarfunktion: „Soso, die Phase vier. Ich habe ein bisschen Angst zu fragen, wie die Phasen fünf, sechs und sieben aussehen werden.“

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/zypern-muss-auf-druck-der-euro-staaten-seine-bankkunden-teilentzogen-a-889255.html>

Spiegel-Autor Christian Rickens war von der Enteignung der zyprischen Konten-Inhaber offenbar **wirklich angetan**. Er schrieb: „Die Beteiligung der Sparer bedeutet einen weiteren Schritt in Richtung mehr Pragmatismus und mehr Gerechtigkeit, der jeweils auch die anderen Wegmarken der Euro-Krise **markierte**.“

Aha, so schreibt vermutlich jemand, der sich berufsmäßig schon sehr viel mit Euro-Rettungen beschäftigt hat. Zudem drängt sich die Vermutung auf, dass sich Autor Rickens kaum vor Enteignungen fürchtet, da sein eigenes Konto tief im Dispo ist.

Am Montag änderte sich die Tonalität der Berichterstattung. Immer mehr Kommentatoren erkannten, was für einen außergewöhnlichen Tabubruch die „EU-Rettungskräfte“ begangen hatten: **Sie hatten auf das Vermögen von ganz normalen Bankkunden zugegriffen. Und im Eifer des Gefechts ist**

dabei auch noch die EU-weite Sparergarantie von 100.000 Euro perdue gegangen.

Warum wurde im Falle Zyperns auf die Gelder von Bankkunden zugegriffen? Weil allgemein unterstellt wird, bei den Geldern handle es sich zum großen Teil um Schwarzgelder russischer Oligarchen.

Das stimmt teilweise – aber das hat nichts mit der Schieflage der zyprische Banken zu tun.

Angela Merkel erklärte den Eingriff in die Eigentumsrechte mit den Worten, **dass damit „die Verantwortlichen zum Teil mit einbezogen (werden) und nicht nur die Steuerzahler anderer Länder“.**

<http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/03/18/merkel-zwangs-abgabe-in-zypern-ist-ein-guter-schritt/>

Diese Aussage ist falsch. Der Griff auf die Konten trifft nicht die Verantwortlichen. Zypern ist NICHT in Schwierigkeiten, weil auf die Bankkonten schmutziges Geld eingezahlt wurde.

Warum ist Zypern in Not?

In deutschen Medien und Foren war mehrfach zu lesen, die zyprischen Banken hätten sich verzockt. Seit sich [IKB](#) und [HRE](#) mit undurchsichtigen US-Derivaten verzockten, hält so eine Aussage unüberprüft jeder Stammtischdiskussion statt.



Website der Laiki-Bank, einer bedrohten zyprischen Bank

Haben auch die zyprischen Banken gezockt? Nein, für zyprische Banken waren **Staatsanleihen des großen Bruders Griechenland** das „Basis-Investment“ schlechthin. Die Fakten sprechen eine klare Sprache: Das [Moody's](#)-Rating für Griechenland lag 2008 bei A2. Euro-Staatsanleihen mit so einem Rating zu besitzen war keine Zockerei, das galt als sichere Sache. Wer die zyprischen Banken der Zockerei bezichtigt, der sollte nicht vergessen, dass Italien heute ein schlechteres Moody's-Rating hat, als Griechenland damals: Es sank im Sommer 2012 von A3 auf Baa2. Fragen Sie den Allianzvertreter einmal, wie viele italienische Anleihen der Konzern besitzt! Aber weiter im Text!

Im April/Mai 2010 drängte sogar der [deutsche Finanzminister Schäuble](#) die **deutschen Banken, doch griechische Staatsanleihen zu kaufen.** Der „Spiegel“

berichtete von „Einzelgesprächen“, in denen der Minister die Banken von der Qualität der griechischen Titel zu überzeugen suchte.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/krisenmanagement-schaeuble-draengt-banken-zum-kauf-griechischer-anleihen-a-692223.html>

Während Kleinanleger mit einer massiven Werbekampagne zum Kauf von griechischen Anleihen ermuntert wurden, machten sich die Insider aus dem Staub:

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/handelsblatt-aktion-wir-kaufen-griechische-staatsanleihen/3426508.html>

Französische Banken warfen ihre griechischen Anleihen auf den Markt und verkauften ihre Papiere – an die EZB.

Bundesbank-Chef [Weber](#) soll getobt haben, als er im Frühsommer 2010 davon erfuhr. Es sah so aus, als ob die EZB auf Zuruf griechische Papiere aufkaufte, als französische Banken diese Papiere abkippten.

Deutsche Kleinanleger und zyprische Banken waren nicht ganz so clever: Sie vertrauten damals tatsächlich dem vollmundigen Versprechen, dass Griechenland alle Schulden bedienen wird und behielten die Papiere im Depot.

Der griechische Schuldenschnitt war ein Schlag ins Kontor der zyprischen Banken. Zahlungsausfälle und faule Kredite bei notleidenden griechischen Gläubigern dürften ein Übriges getan haben. Die zyprischen Banken waren reif für die Pleite und die Ursache war nicht wilde Zockerei, sondern ein naiver Glaube an die Versprechen (oder Visionen?) von [Dr. Schäuble](#), [Manuel Barroso](#) und [Jean Claude Trichet](#).

Das ist der Grund für die Schieflage der zyprischen Banken.

Wer auch immer Geld auf zyprischen Konten deponiert hat, ist NICHT für die Schieflage der Banken verantwortlich. Frau Merkel liegt falsch.

Aber, ... Kunstpause... die zweifelhafte Herkunft der zyprischen Kundeneinlagen reduziert die Lust der EU-Euro-Retter, zyprische Kundeneinlagen mit öffentlichen Garantien zu retten.

Die Euro-Retter waren in einem moralischen Dilemma: Darf man mit öffentlichen Geldern Banken retten, obwohl diese zum großen Teil „Schwarzgeld“ verwalten?

Die Frage ist im Kern nicht neu, sie erinnert an die Frage, ob man einem Verbrecher medizinische Hilfe leisten darf. Ärzte haben die Frage seit Hyppokrates ein für allemal entschieden: Egal wie schlimm ein Mensch ist, ihm muss geholfen werden. Der Arzt ist kein Richter.

Und wie sieht es bei Schwarzgeld-Konten aus? Dürfen die Helfer zum Richter werden?

Dazu später im Text, die Frage ist nicht ganz ohne.

Wie kam das viele Schwarzgeld nach Zypern? Anders als Andorra oder die Cayman-Inlands war Zypern EU-Land und Euro-Land. Wer von Zypern aus Geschäfte betrieb, konnte also von den offenen Grenzen und dem gemeinsamen Markt profitieren.



Container-Hafen in Limassol, Hafenmetropole und Sitz zahlreicher Finanzfirmen. Bildquelle: Wikipedia

Von einem klimatisierten Business-Tower in Nikosia oder Limassol konnte man Dank DSL, Fax und Mobilfunk genauso gut Geschäfte einfädeln wie von einem Frankfurter Büro. Nur die Steuerlast war sehr verschieden. In Zypern fielen bis vor einigen Jahren nur vier Prozent Unternehmenssteuern an, später erhöhte sich dieser Steuersatz auf 10 Prozent.

Ein waschechtes Steuerparadis war Zypern übrigens nie. Die Firmensteuern waren niedrig, die Einkommenssteuern waren eher hoch. Mit dieser Konstellation ähnelte Zypern übrigens der Bundesrepublik der 50er Jahre!

In der EU gibt es eine Niederlassungsfreiheit, d.h. jeder kann an jedem Ort eine Firma gründen und Geschäfte machen – europaweit. Vermutlich sollte das dem französischen Dachdeckermeister ermöglichen, auch im Saarland Dächer zu decken. Heute finden diese Regeln vor allem Anwendung, um polnische Arbeiter mit polnischen Löhnen in deutschen Schlachthöfen arbeiten zu lassen.

Vor einigen Monaten machte ein zyprisch-deutscher Kriminalfall in Frankfurt von sich reden. Einige Frankfurter Geschäftemacher nutzten die EU-Niederlassungsfreiheit, um ihre Finanzdeals durch ihre zyprische Firma abwickeln zu lassen. Leider vergaßen sie, ihre zyprischen Büros tatsächlich zu beziehen. Während sich die Tätigkeiten am zyprischen Firmensitz vor allem auf Sekretariatsdienste und Hausmeisterei beschränkten, operierten die Finanzfachleute von Hessen aus.

Im Frühjahr 2012 klickten die Handschellen bei zwei Geschäftsführern, gegen zwölf Personen wurde ermittelt. Die Ermittler durchsuchten Büros in Frankfurt und Umgebung.

Durch die – angebliche – Verlagerung der Geschäftstätigkeit nach Zypern „sparte“ die Firma 450 Mio. Euro Steuern.

Ein kurzer Zeiteinblick zur Realwirtschaft gefällig? Um Unternehmenssteuern von 450 Mio. Euro zahlen zu müssen, müssen die Finanzjongleure einen Gewinn im Milliardenbereich gemacht haben. Zum Vergleich: Der Vorzeige-Touristiker TUI erreichte 2011 einen Jahresüberschuss (vor Steuern) von 23,9 Millionen Euro. Pfeiffer Vakuum machte 2011 einen Gewinn von 41,4 Millionen Euro. Realwirtschaft lohnt sich nicht.

Wer wirklich hohe Gewinne machte und örtlich ungebunden war, ging nach Zypern. Und das war völlig legal. Die Gesetze, die das möglich machen, wurden von den Leuten erlassen, die noch heute in Amt und Würden sind.

Blicken sie auf das obige Beispiel: Zwanzig Finanzfachleute haben in einem Jahr einen Milliardengewinn gemacht, für den die TUI vierzig Jahre lang hätte arbeiten müssen. Der einzige Fehler der Finanzjongleure war, dass sie vergaßen, nach Zypern überzusiedeln. Angesichts des guten Wetters in Limassol ein unverzeihlicher Fehler.

Doch viele Firmen siedelten tatsächlich nach Zypern über und betrieben ihre ertragreichen Geschäfte unter südlicher Sonne, Dank Euro sogar ohne Währungsrisiko.

Falls Sie am Wochenende bei IKEA waren – praktisch jeder Euro Gewinn aus ihrem Einkauf landet in Steuerparadiesen, auch in Zypern. Eine gut recherchierte schwedische TV-Doku fand heraus, dass die IKEA-Milliardengewinne „ins Ausland geschafft und zwischen den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, der Schweiz, den Jungferninseln und Zypern verteilt werden. Das Ziel: „keine Steuern zahlen“ ([Stern.de](http://www.stern.de), 27.01.2011).

IKEA veröffentlichte im Zusammenhang mit der Reportage eine Erklärung. Darin hieß es: „Ikea hat sich immer offen zu dem Ziel bekannt, Doppelbesteuerung zu vermeiden.“ Und Unternehmensgewinne, die in Zypern mit vier Prozent besteuert wurden, brauchen Dank Doppelbesteuerungsabkommen in Deutschland oder Schweden nicht mehr zweitversteuert werden.

Das ist das Geheimnis der zyprischen Geldmaschine. Klar, auch echtes russisches Schwarzgeld gibt es auf Zypern. Aber darf sich die EU ohne Prozess zum Richter über Schwarzgeld aufschwingen, auf das kein EU-Finanzamt einen Anspruch hat, da es dem russischen Fiskus zustände?

Alles nicht so einfach. Mit dem Griff nach den Spareinlagen der zyprischen Konten-Inhaber machten sich EU und EZB zum Richter. Und dass sie dabei auch noch ganz normale zyprische Kleinsparer in Sippenhaft nahmen, schlug dem Fass den Boden aus.

Bei der EZB argumentierte man, dass die Verluste der Sparer bei einem Zusammenbruch der Banken viel größer gewesen wären. Das ist nicht ganz richtig und auch nicht ganz falsch. Der Blick nach Irland zeigt, wie

Bankenrestrukturierungen aussehen können: Dort haben Aktionäre und Anleihe-Besitzer viel Geld verloren – doch die Konten wurden nie angetastet.

Bei einer Insolvenz gibt es festgelegte Regeln, wer in welcher Reihenfolge aus der Insolvenzmasse bedient wird. Die Konten-Inhaber sind dabei höher geordnete Gläubiger als die Anleihebesitzer oder gar die Aktienbesitzer. Einem Kommentator der Neuen Zürcher Zeitung fiel das sofort auf:

„Grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, dass nicht (nur) die Steuerzahler dafür haften sollen, wenn Banken zahlungsunfähig werden. Doch sinnvollerweise müssten in solchen Fällen betroffene Banken in ein geordnetes Insolvenzverfahren übergeführt werden, bei dem zuerst die Aktionäre, dann die Besitzer von nachrangigen Anleihen, schliesslich diejenigen von vorrangigen Anleihen und ganz zuletzt die Einleger zur Kasse gebeten werden.“

<http://www.nzz.ch/meinung/kommentare/am-schluss-zahlt-der-sparer-1.18048103>

Niemand muss auch nur einen Funken Sympathie für IKEA, Finanzhaie und russische Oligarchen haben, die Geld in Zypern deponieren – doch der laxer Griff auf die Guthaben der Konten-Inhaber, ohne rechtsstaatliches Insolvenzverfahren, ist ein Tiefschlag für westliches Rechtsverständnis.

Hat der Frühling plötzlich den Rechtspfleger in uns allen wachgeküsst? Woher kommt allerorten dieser Drang, zyprisches Schwarzgeld vor Eigentumseingriffen zu schützen?

Weil **Eigentum** einer der **Eckpfeiler** des Wirtschaftssystems westlicher Prägung **ist**. Es basiert darauf, dass Besizende ihr Eigentum gegen Zinsen verborgen. Unser System ist darauf angelegt, dass Kapital bei Banken gesammelt wird, um es an Wirtschaftssubjekte zu verborgen, die Zinsen zahlen können. Geld das nicht an diesem Finanzkreislauf teilnimmt, ist „totes Kapital“. Die Bereitschaft von Sparern, ihr Kapital bei einer Bank zu deponieren, wird empfindlich gestört, wenn der Sparer unterstellt, dass er dieses Kapital nicht zurückbekommen könnte.

Während der Finanzkrise 2008 wurden weltweit Banken mit Steuergeldern und Notenbank-Hilfen im Billionen-Bereich gestützt, um das zentrale Produktversprechen der Banken, dass Sparguthaben sicher sind, zu erhalten.

Und nun wurde – ganz unsensibel – Eigentum von Giro-Konten eingezogen. **Das war keine Schnellschussaktion.** EU, EZB und zyprische Regierung verhandelten seit dem Sommer letzten Jahres.

Doch die Sache ist noch grotesker: Die zyprische Regierung erklärte, der Gedanke der Enteignung der Sparer sei eine Bedingung der EU gewesen, Dr. Schäuble erklärte im deutschen Fernsehen, die zyprische Regierung hätte diese Lösung gewollt.

Was hinter den Kulissen tatsächlich ablief, ist fast schon unerheblich, entscheidend ist die Wahrnehmung. **Und Sparer in allen EU-Ländern gewannen den felsenfesten Eindruck, dass der Griff auf die Konten eine Idee von EZB und EU war.**

(Quelle: <http://www.stern.de/politik/ausland/zypern-wut-ueber-quasi-enteignung-der-kleinsparer-1985319.html>)

So weit, so schlecht. [Goldman-Sachs](#) erwartet weitere Zwangsabgaben dieser Art in anderen Staaten. **Das ist schon fast ein Aufruf zu einem Bank Run.**

Die Zeitung „[El Pais](#)“ erscheint in dem Land, das einem möglichen Bank Run am Nächsten ist, in Spanien. El Pais schreibt, dass die **Bankeinlagen** der Kleinsparer ein **„zentraler Pfeiler der Gesellschaft und der Demokratie“** seien. Um einem zweifelhaften Land und einigen geldwaschenden Russen eine Lektion zu erteilen, werfe man grundlegende Prinzipien über Bord. El Pais resümiert:

„Drei Jahre nach der griechischen Tragödie, die die Krise des Euro auslöste, zeigt die Rettung Zyperns, dass es keine Hinweise auf intelligentes Leben in Europa gibt.“ (El Pais)

„Wenn man den europäischen Finanzministern den Auftrag gegeben hätte, die schlimmstmögliche Lösung zu finden, wäre das Ergebnis wahrscheinlich immer noch besser gewesen als das, was man nun vereinbart hat,“ erläuterte ein deutscher Banker im vertraulichen Gespräch ([Quelle welt.de](#)).

Die zyprischen Banken bleiben bis Donnerstag geschlossen. Finanzminister **Schäuble bezweifelte** im deutschen Fernsehen, ob die Banken jemals wieder geöffnet werden.

Der [Goldpreis](#) stieg im Umfeld der Nachrichten aus Zypern leicht, die Umsätze bei Goldhändlern zogen an.

Die LBMA in London stellte am letzten Freitagnachmittag, vor den Zypern-Ereignissen, einen Goldpreis von 1595,50 Dollar bzw. 1222,14 Euro fest. Am Dienstag lag der Preis zum Nachmittagsfixing bei 1245,74 Euro, das sind 1,93 Prozent mehr gegenüber dem Freitagspreis. Am gestrigen Donnerstag meldete die Londoner Edelmetallbörse LBMA zum Nachmittagsfixing einen Goldpreis von 1615,85 US-Dollar bzw. 1.252,79 Euro.

Und es gab noch weitere neue Nachrichten: Zypern plant einen Freibetrag für Guthaben unter 20.000 Euro. Das zyprische Parlament lehnte die Konditionen des EU-Hilfspakets am Dienstag ab. Der Regierungsantrag fand keinen einzigen Unterstützer im Parlament.

Bitte sind Sie sensibilisiert!

Schützen Sie ihr Vermögen mit Sachwerten aus physischem Edelmetall !!!

Mittelstands-Akademie „Made in Germany“
Lauwetter 25
98527 Suhl
Tel.: 03681/ 300210
Fax: 03681 / 300209
info@mittelstands-akademie.com
www.mittelstands-akademie.com

Versicherungsmakler & Finanzdienstleister Luthardt
Kirchplatz 5
98673 Eisfeld
Tel.: 03686 / 300777
Fax: 03686 / 323090
e.post@finanzluthardt.de
www.finanz-luthardt.de

Autor B. Meyer

(* Der Autor ist ein langjähriger erfolgreicher Privatinvestor mit antizyklischer Anlagestrategie und fundamentalanalytischem Ansatz.)

Hinweis: Dieser Artikel kann keine Vermögensberatung ersetzen und stellt auch den Anspruch nicht, sondern spiegelt nur die Meinung der Autoren wieder.



Hinweis: Meinungen oder Empfehlungen dieses Artikels geben die Einschätzung des Verfassers dar. Sie können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Die hier enthaltenen Aussagen sind nicht als Angebot oder Empfehlung bestimmter Anlagen oder Anlageprodukte zu verstehen. Dies gilt auch dann, wenn einzelne Devisen, Rohstoffe, Emittenten oder Wertpapiere direkt erwähnt werden. Die in diesem Artikel enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur können eine auf die individuellen Verhältnisse des Anlegers abgestimmte Finanzberatung nicht ersetzen. Die in diesem Artikel genannten Informationen wurden nach bestem Wissen und Gewissen gesammelt und zitiert. Jegliche Haftung für die Richtigkeit der genannten Informationen ist ausgeschlossen!